

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 47 (1955)
Heft: 5

Artikel: Oesterreichs verstaatlichte Grundindustrie
Autor: Burg, Norbert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353690>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wichtiger Pfeiler der Republik

Der Gewerkschaftsbund, der rund zwei Drittel der Arbeiter und Angestellten Oesterreichs umfaßt, ist ein wichtiger Pfeiler der jungen Republik. In seinen Statuten hat er die Verteidigung der Demokratie gegen alle totalitären Bestrebungen verankert. Aus Anlaß des Geburtstages der Republik legten die Gewerkschaftsmitglieder ein Bekenntnis zu einem freien, demokratischen und sozialen Oesterreich ab, das sie zu einer wohnlichen Heimstatt für alle Schaffenden machen wollen.

Fritz Klenner, Wien

Oesterreichs verstaatlichte Grundindustrie

Der durch den Krieg erfolgte Zusammenbruch der österreichischen Grundstoffindustrie sowie der am Kriegsende brachliegende Kapitalmarkt machten nach dem Jahre 1945 die Verstaatlichung eines bedeutenden Teiles der österreichischen Industrie zur Lebensnotwendigkeit.

Abgesehen von den Bahnen, der Post, dem Tabak- und Salzmonopol und einigen anderen Unternehmungen — die bereits vor 1938 dem Staat unterstellt waren —, umfaßt der staatliche Wirtschaftssektor die großen Kreditinstitute, die wichtigsten Kohlenbergwerke, die bedeutendsten Betriebe der Eisen- und Stahlindustrie, die Bergwerke und Hütten für Nichteisenmetalle, die Betriebe der Rohölgewinnung und -verarbeitung und eine Anzahl von Unternehmungen des Maschinenbaues, des Verkehrs und der Elektroindustrie; die großen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (85 Prozent aller in Oesterreich bestehenden) sind ebenfalls in den Besitz der öffentlichen Hand übergegangen.

Von den 70 verstaatlichten Unternehmungen ist immer noch nahezu die Hälfte durch die Besetzungsmächte dem österreichischen Einfluß entzogen. Der Teil, der im Besitz des Staates ist, beschäftigt rund 100 000 Personen (das sind 22 Prozent aller in der österreichischen Industrie Beschäftigten); er erzeugt 93 Prozent der Grundstoffe und ist derzeit mit 22 Prozent an der Gesamtwertschöpfung der österreichischen Industrie und mit 25 Prozent an der gesamtösterreichischen Ausfuhr beteiligt.

Im Jahre 1953 wurden 5 180 000 Tonnen Braunkohlen gefördert, das ist mehr als das Doppelte der Jahresproduktion 1946. Im Mittelpunkt der Bestrebungen der österreichischen Kohlenholdingsgesellschaft (die 9 Unternehmungen mit 27 Betrieben als Dachorganisation dient) steht heuer die Propagierung der überschüssigen Braunkohle für den Hausbrand; bisher fand die österreichische Braunkohle hauptsächlich in der Industrie und in der Stromerzeugung Verwendung.

Die Neuorganisierung der unter öffentlicher Kontrolle stehenden Elektrizitätswirtschaft kann als abgeschlossen gelten. Die Arbeiten am derzeit großartigsten Projekt, dem Kraftwerk Kaprun, werden systematisch fortgesetzt; die Durchführung des Projektes Reißeck-Kreuzeck wird nunmehr, nach der Gewährung der 12 Mio Dollar-anleihe durch die Internationale Bank, beschleunigt; und auch die Inangriffnahme des Ausbaues des von den Russen freigegebenen Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug ist nur mehr eine Frage von Wochen. Die Gesamtstromerzeugung konnte mit rund 9 Mia kWh gegenüber der Stromproduktion des Jahres 1945 fast verdreifacht werden. Der Stromexport ist in den letzten Jahren ständig gestiegen und hat im abgelaufenen Jahr die Höhe von über 1 Mia kWh erreicht.

Die verstaatlichte Eisen- und Stahlindustrie hat die Eisenerzförderung des Jahres 1953 (mit 2 745 000 t) gegenüber 1946 sechsfacht. Die Roheisenproduktion war (mit 1 312 077 t) im Jahre 1953 um rund 60 Prozent höher als 1949 und die Rohstahlproduktion (mit 1 231 592 t) um rund 56 Prozent höher als im Jahre 1949. Der Inlandblechmarkt konnte normalisiert und der Blechexport ausgeweitet werden. Aus den Halbjahresberichten 1954 geht hervor, daß die Produktion auf dem Eisen- und Stahlsektor weiterhin gewaltig ansteigt. Das Hauptproblem, das die österreichische Eisen- und Stahlindustrie derzeit zu bewältigen hat, ist die Sicherung der Absatzmärkte (besonders für Edelstahl) in den Montanunionländern, wo bekanntlich ab 1. August 1954 die Lieferungen aus den Nichtmitgliedländern mit Zoll belegt werden.

Auch die verstaatlichte Elektroindustrie hat sich sehr günstig entwickelt. Ihre technische Produktivität ist von 1950 bis zur Jahreswende 1953/54 von 100 auf 148 gestiegen. Im Halbjahr 1954 befanden sich Produktion, Produktivität und Export weiterhin in steilem Aufstieg.

Vom verstaatlichten Nichteisenmetallsektor sind in erster Linie die Vereinigten Aluminiumwerke Ranshofen zu erwähnen. Sie haben ihre Produktion seit dem Jahre 1947 verzehnfacht. Von den im Jahre 1953 insgesamt produzierten 37 745 Tonnen Rohaluminium haben sie 23 500 Tonnen exportiert.

Das größte chemische Werk in Oesterreich, die Oesterreichische Stickstoffwerke AG, Linz, hat mit 551 000 Tonnen Stickstoffdünger im abgelaufenen Jahr einen Rekordabsatz erzielt. 80 Prozent der Produktion sind exportiert worden. Auch in diesem Jahr hat sich die Steigerung der Produktivität sehr günstig auf die Preisentwicklung im Inland und auf den Export ausgewirkt.

Auch die anderen Unternehmungen der verstaatlichten Industrie — Fahrzeugbau, Verkehrsbetriebe, Rohölgewinnung und -verarbeitung u. a. — haben mit der allgemeinen Aufwärtsentwicklung Schritt gehalten.

Die österreichische verstaatlichte Industrie hat durch die Versorgung der einheimischen Wirtschaft mit preiswerten Grundstoffen und durch ihren entscheidenden Anteil am österreichischen Gesamtexport die zwei unentbehrlichen Voraussetzungen für Oesterreichs Wiederaufbau und wirtschaftlichen Aufstieg geschaffen. Darüber hinaus hat sie sich mitten in der schwankenden Beschäftigungslage der letzten zwei Jahre — dadurch, daß sie die Vollbeschäftigung in ihren Betrieben aufrechterhalten hat — am Arbeitsmarkt als Insel der Stabilität erwiesen. Seit Beginn dieses Jahres ist in den verstaatlichten Betrieben sogar ein allgemeiner Anstieg des Beschäftigtenstandes zu verzeichnen.

Norbert Burg, Wien.

Der Londoner Zeitungskonflikt

Lohnpolitik und Schiedsgerichtsbarkeit

Der jüngste Streik in den Londoner Zeitungsdruckereien wird als ein ungewöhnliches Ereignis in die Geschichte der englischen Arbeitskämpfe eingehen. Er wurde nicht von der Gewerkschaft des graphischen Personals, also der Setzer, Drucker und Hilfsarbeiter, durchgeführt, sondern von dem Verband der Elektriker (220 000 Mitglieder) und von der Vereinigten Gewerkschaft der Maschinenarbeiter und Mechaniker (820 000), denen die in den Zeitungsunternehmen beschäftigten 750 Elektriker und Mechaniker angehören. Obwohl diese nur 4 Prozent des Gesamtpersonals sind, wurde durch ihre Arbeitseinstellung der technische Betrieb völlig stillgelegt. Die Londoner Morgen-, Abend- und Sonntagszeitungen waren am Erscheinen verhindert. Nicht nur London mit seiner 8-Millionen-Bevölkerung war damit ohne jede Tagespresse, sondern auch Millionen in den übrigen Teilen Englands, da die Londoner Zeitungen vom Süden bis nach Schottland hinauf verbreitet werden. Die Besitzer der Provinzzeitungen erklärten sich mit ihren Londoner Kollegen solidarisch und lehnten es ab, den Streik zu ihrem geschäftlichen Vorteil auszunützen. Das bedeutete, daß die Londoner sich nicht mit dem «Manchester Guardian» oder einer anderen größeren Provinzzeitung entschädigen konnten. Eine zeitungslöse Woche nach der anderen ist nicht nur für die Sport- und Wettenthusiasten eine schreckliche Periode, sondern wird besonders unangenehm von der Geschäftswelt, den Geld- und Wirtschaftsspekulanten und allen, die am Gesellschaftsleben teilnehmen, empfunden. Das mächtige Instrument, das die öffentliche Meinung so entscheidend beeinflußt und sie oft zu repräsentieren vorgibt, war außer Funktion gesetzt.